

INTERVIEW



Sophie M. Behr ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Klimapolitik im DIW Berlin

„Fernwärme hat sich seit dem Vorkrisenjahr 2021 weniger verteuert als Gas und Heizöl“



1. **Frau Behr, inwieweit war die Energiepreiskrise auch im Jahr 2024 noch spürbar?** Die Energiepreiskrise hat die Heizenergiepreise sehr stark steigen lassen – seit dem Vorkrisenjahr 2021 um bisher 77 Prozent. Die Wärmepreisbremsen, die bis Ende 2023 noch galten, sind ausgelaufen. Daraufhin sind im Jahr 2024 die Preise um durchschnittlich sechs Prozent gestiegen – also sehr wenig im Vergleich zu den beiden Vorjahren. Gleichzeitig blieben die Einsparungen beim Verbrauch, die in den Jahren 2022 und 2023 erzielt wurden, erhalten. Der Heizenergiebedarf war 2024 ungefähr genauso hoch wie 2023.
2. **Wie hoch ist der Preisanstieg, wenn man nach den verschiedenen Heizenergieträgern unterscheidet?** Im Jahr 2024 haben sich die Preise der Heizenergieträger sehr unterschiedlich entwickelt. Die Preise für Heizöl sind um zehn Prozent gefallen, die Preise für Gas stiegen um fünf Prozent und die Preise für Fernwärme um 27 Prozent. 2023 hatten wir das umgekehrte Bild: Damals stiegen die Preise für Gas und für Heizöl sehr stark um fast 30 Prozent, während der Preis für Fernwärme konstant blieb. Die Preise für Fernwärme haben 2024 also nachgezogen. Der Grund für diese Verzögerung ist auch, wie die Preise für Fernwärme zustande kommen: Sie orientieren sich nachträglich über einen Index an der Entwicklung des Wärmemarkts. Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2021 ist festzustellen, dass sich Fernwärme weniger stark verteuert hat als die anderen Energieträger: Während die Preise für Gas- und Heizöl um 82 beziehungsweise 74 Prozent stiegen, waren es bei der Fernwärme nur 67 Prozent.
3. **Wo gab es die höchsten und wo die niedrigsten Preissteigerungen?** Die Preise sind in Regionen mit einem relativ hohen Fernwärmeanteil eher gestiegen und in Regionen mit einem hohen Heizölanteil eher gefallen oder konstant geblieben. Auf Länderebene sehen wir, dass die Preise 2024 in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg am stärksten gestiegen sind und zwar durchschnittlich um ungefähr 20 Prozent. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz

fielen sie leicht, in Bayern gingen sie mit 1,7 Prozent am deutlichsten zurück.

4. **Inwieweit haben Sie beim Heizenergiebedarf regionale Unterschiede festgestellt?** Insgesamt ist der Heizenergiebedarf mit ungefähr 120 Kilowattstunden pro Quadratmeter ziemlich konstant geblieben. Auch regional hat sich wenig verändert. Weiterhin ist der Heizenergiebedarf im Osten und Süden Deutschlands sehr viel geringer als in Norddeutschland. Das unterschiedliche Wetter ist dabei schon berücksichtigt. Zum Beispiel liegt der Bedarf der ostdeutschen Länder ungefähr zehn Kilowattstunden pro Quadratmeter unter dem der westdeutschen Länder.
5. **Gibt es dafür eine Erklärung?** Ja, wir sehen zwei Gründe dafür. Zum einen wurde in den 1990er Jahren in den ostdeutschen Ländern viel saniert, sodass die Wohngebäude in einem besseren Zustand sind. Gleichzeitig ist der Bedarf bei Fernwärme, mit der in den ostdeutschen Ländern häufiger als im Westen geheizt wird, geringer als bei Gas oder Heizöl, da ja die Wärme direkt geliefert wird und keine Umwandlungsverluste im Haus entstehen.
6. **Wie sieht es bei den Emissionseinsparungen im Gebäudesektor aus?** Es gab Fortschritte, wenn auch kleine. Die Emissionen im Gebäudesektor sind 2024 von 102 auf 100 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente gefallen. Das Ziel von 97 Millionen Tonnen wurde also knapp verfehlt. Ab 2030 sollen jährlich weniger als 67 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen werden, also ein Drittel weniger als 2024. Um dieses geplante Zwischenziel zu erreichen, sind auf jeden Fall zusätzliche Politikmaßnahmen notwendig. So könnte zum Beispiel das Dämmen von Wohngebäuden oder der Austausch von Heizungen hin zu Wärmepumpen und dekarbonisierter Fernwärme gefördert werden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 3. Dezember 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Caroline Stiel

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).